



Europäisches Parlament

Manuela Ripa

Mitglied des Europäischen Parlaments
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
ASP 09G354 - Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel, Belgien

Virginijus Sinkevičius

EU Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei
Rue de la Loi 200
1049 Brussels

Brüssel, den 09.12.2020

Sehr geehrter Herr Kommissar, lieber Herr Sinkevičius,

Europa schaut gebannt auf die Entstehung des größten Elektroautowerks und mittlerweile auch des größten Batteriewerks der US- Firma Tesla in Brandenburg in der Nähe von Berlin. In dieser Woche wurde von einem Verwaltungsgericht ein vorläufiger Rodungsstopp verhängt. Die Klage vor dem entsprechenden Verwaltungsgericht in Frankfurt wurde von meiner Partei, der ÖDP, finanziert. Das Gericht möchte Zeit gewinnen, um die bisherige Praxis der Vorabgenehmigungen ohne ausreichende umweltrechtliche Prüfung genau zu analysieren.

Ihre Generaldirektion hat eine schriftliche Anfrage meinerseits im September mit dem Hinweis beantwortet, dass letztlich die nationalen Behörden für die Prüfung zuständig sind, ob entsprechendes Umweltrecht eingehalten wird. Aber in der Antwort stand auch, dass sensible und umweltschädliche Maßnahmen nicht ohne umfassende Verträglichkeitsprüfung per Vorabgenehmigung hätten genehmigt werden dürfen.

Trotz der rechtlich sehr zweifelhaften Vorgehensweise der zuständigen Behörden hat Ihre Generaldirektion in Ihrem Auftrag in der vergangenen Woche erneut bekräftigt, dass ein Einschreiten der Kommission nicht vorgesehen ist.

Herr Kommissar, Sie haben mich auch im direkten Gespräch mit Ihnen von Ihrem persönlichen Engagement für Themen der Nachhaltigkeit überzeugt.

Member of the European Parliament

Ich bin mir völlig bewusst, dass der Bau von Elektroautos in der Tat einen Beitrag zu einem nachhaltigen Verkehrskonzept leisten kann und leisten wird. Allerdings heiligt der Zweck nicht jegliche Mittel.

In Brandenburg wird gerade europäisches Umweltrecht umgangen, indem mit Verweis auf den enormen Zeitdruck jegliche rechtlich vorgesehenen Prüfungen übergangen werden und per Vorabgenehmigungen Natur nahezu rücksichtslos zerstört wird. Aus der Sicht der handelnden Politiker ist die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung strategischer Investitionen nachvollziehbar. Aber auch dieser hehre Zweck, dieses wichtige Ziel darf nicht dazu führen, dass europäisches Recht durch politisches Handeln sehenden Auges ausgehöhlt wird.

Ich bitte Sie deshalb, sich dieser Angelegenheit persönlich anzunehmen und sich den Fall einmal anzuschauen. Wir sind als Europäerinnen und Europäer stolz auf unsere rechtsstaatlichen Verfahren. Wir sind besonders stolz darauf, dass wir mit dem European Green Deal ein großes und komplexes Projekt planen. Wir müssen aber stets darauf achten, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten kann und genau deswegen ist Ihre Stimme in der jetzigen Situation von ganz herausragender Bedeutung.

Mit den besten Grüßen


Manuela Ripa